

der anderen Seite in Uebereinstimmung mit dem von ihm be-  
wiesenen Entwurf der Verfassung einer beschränkten, en-  
g begrenzten Befugnisse der Vertreter der Sozialdemokratie im  
Kollegium eintrug das Wort redete. Sehr treffend wies der Herr  
Oberbürgermeister hierbei den Vorwurf zurück, daß man mit dem  
vergeschlagenen Verfassungssystem noch hinter die Zeit der Stein-  
Dorndorfer Verfassung zurückgehe. Zur Zeit, als der  
große Stein seine Ideen verwirklichte, habe man eben noch nicht  
voraussehen können, daß es einmal eine Partei geben werde, die  
die Grundlagen des nationalen Staates verneinte. Mit solchen  
Mängeln, mit Vertretern der internationalen Sozial-  
demokratie aber habe der Gesetzgeber von heute  
zu rechnen. Als taktisch nicht gerade glücklich muß es hingegen  
erklärt werden, daß der Herr Oberbürgermeister gleich eingangs  
seiner zu Beginn der Debatte erfolgten Ausführungen mit  
Entschiedenheit betonte, daß der Rat für die Entwürfe der  
Stadtverordneten Abtheilung und Krumbiegel nicht zu haben sein  
werde und daß auch die Regierung die Dispensation von  
präsidenten Vorschriften der Revidierten Städteordnung bei  
Einführung des Krumbiegelentwurfes nicht erteilen werde.  
Der Eintrag, als ob mit dieser, an den Anfang der Beratung  
gestellten kategorischen Abweisung der beiden Entwürfe ein  
gewisser Druck auf die Mitglieder des Kollegiums zu Gunsten  
des dem Räte genehmen Entwurfs des Vorstehers und Rechts-  
ausschusses ausgeübt werden sollte, hätte jedenfalls besser  
vermieden werden sollen. Die unter lauter Zustimmung von ver-  
schiedenen Rednern betonte Unabhängigkeit der Entscheidung  
des Kollegiums gegenüber dieser Erklärung des Oberbürger-  
meisters war jedenfalls durchaus verständlich und hat wohl auch  
bei der endgültigen Abstimmung über die rathlosigste Vor-  
lage mitgewirkt. Sehr bemerkenswert war es, daß auch der  
Vizepräsident, Herr Dr. Hädel, als er das Schlußwort als  
Referent der Verfassungsvorlage erhielt, sich zunächst gegen diese  
Aussführungen des Oberbürgermeisters wandte und sodann mit  
Entschiedenheit für den von ihm schon vorher persönlich ver-  
tretenen Krumbiegelentwurf des Pluralismus eintrat.  
Tropaladem muß, wie gesagt, der endliche Ausgang der  
im wahrsten Sinne des Wortes heißen Redebeiträge — im  
Saale arbeiteten vergebens alle Ventilationseinrichtungen, um  
die Temperatur zu einer weniger offtänischen zu gestalten —  
als tiefbedauerlich bezeichnet werden. Man kann nur hoffen,  
daß so rasch als möglich Mittel und Wege gefunden werden, um  
die Ueberwärmung des Kollegiums von der Notwendigkeit einer  
Aenderung des Wahlrechts in die Tat umzusetzen. Denn Gefahr  
ist im Verzug, die Zeit drängt. — Auch sonst war die Sitzung  
eine der interessantesten und denkwürdigsten, die man seit langem  
erlebt. Als ein besonders markanter Zwischenfall verdient der  
Zusammenstoß der Reformier mit dem Vertreter der  
Pausbessiger, Herrn St. B. Schumann, hervorgehoben zu  
werden. Letzterer äußerte sich vornehmlich dahin, daß nicht  
bloß gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die  
Reformpartei gekämpft werden müsse, die im Kollegium ihrer  
Partei alles untergeordnet habe; auch erklärte er, daß Herr  
Stadtrat Dieb der eigentliche Urheber des Krumbiegelentwurfes  
sei. Unter ziemlicher Erregung hielt demgegenüber  
Herr Dr. Hädel dem Vortrager vor, was die Reformier  
einst für den Hausbesitzerverein getan, wie sie  
insbesondere den Vorstand seinerzeit „gesellschaftlich  
abhalten“ hätten. Sei das Dankbarheit? Wiederholt mußte  
der Vortrager, Herr Stadtrat Dr. Stadel, eingreifen, als die  
Debatte zu persönlich zu werden drohte; sogar die Würde des  
Saales mußte angerufen werden. Nur ältere, regelmäßige Be-  
sucher der Sitzungen unseres Stadtparlamentes gab es hierbei  
noch eine stille Beobachtung: Zum Schweigen verurteilt stand  
am Schriftföhrenpult bei den Vorkämpfern, die Hand am Ohr,  
ein alter Kämpfer, der sonst in keiner bedeutsamen Redebeiträge  
schlie — Herr Stadtrat Baumert hat, um sein Wort  
zu verlieren. — Was nun? Das war die Frage, mit der man  
in der ersten Morgenstunde heiß und trockenen Gaumens sich  
trennte. Was nun? erklang es, als die Tribünen sich leerten.  
Was nun? Das fragt die Bürgerschaft heute und morgen  
und übermorgen. Möge das Kollegium eine rasche, befriedigende  
Antwort finden!

— Nachdem am 4. Dezember vorigen Jahres sich die Ver-  
treter der Vorstände der sächsischen Vereine für Feuerbestattung  
zu einer Beratung zusammengefunden hatten, in welcher Weise  
den zuständigen Behörden Sachverständigen zugestellt werden  
sollten bezüglich der Anerkennung der Feuerbestattung im Königs-  
reich Sachsen, hat am Dinstagabend 12. d. M. im Viktoria-  
hotel in Chemnitz ein Vertretertag der sächsi-  
schen Feuerbestattungsvereine stattgefunden, um  
über die Vorarbeiten, die beschlußgemäß der Vorsitzende des  
Leipziger Vereines, Herr Dr. med. Hirschfeld, übernommen hatte,  
zu beraten. Die gut besuchte Versammlung fand unter dem  
Vorsitz des Herrn Direktors Bohmann-Chemnitz statt, der nach  
den üblichen Begrüßungsworten zunächst von dem Abscheiden  
des Gründers des Leipziger Feuerbestattungsvereines, Herrn  
Wilhelm Seifert, Mitteilung machte, zu dessen Ehren sich die An-  
wesenden von ihren Plätzen erhoben. Herr Dr. med. Hirschfeld  
belegte dann Kunde von einer Eingabe an den letzten Gemein-  
debeirat, die sich an die dort versammelten Gemeindevorsteher  
richtete und erstrebte, daß diese sich der gemeinsamen Petition  
der Feuerbestattungsvereine anschließen möchten. Auf diese Ein-  
gabe ist bisher eine Antwort nicht erfolgt, da der Gemeindebeirat  
als einziger Punkt der Tagesordnung die Steuerreform zu be-  
rathen hatte und ihm demgemäß Zeit für andere Beratungen nicht  
übrig blieb. Des weiteren berichtete Herr Dr. med. Hirschfeld  
über eine Rücksprache mit Herrn Oberbürgermeister Justizrat  
Dr. Tröndlin-Leipzig und über die von dem Referenten aus-  
gearbeitete Fassung der Eingaben an die beiden sächsischen  
Ständekammern. Die Entwürfe dieser Petitionen waren bereits  
den einzelnen Vereinen zugegangen und hatten im großen und  
ganzen Zustimmung erfahren, abgesehen von Chemnitz, von wo  
aus einige Aenderungen erwünscht schienen. Diese zu be-  
gründen, war Herr Vizepräsident Hirschfeld-Chemnitz ausserhalb  
der von dem Grundbesitzer ausgehenden — gemäß der Beschlußfassung seines  
Vereines —, daß die Feuerbestattung in Sachsen wohl erlaubt,  
da nicht verboten, jedoch im Verwaltungswege bekämpft werde.  
Infolgedessen sei er mit dem ursprünglichen Vorschlag, die Feuer-  
bestattung möge im Königsreich Sachsen für zulässig erklärt  
werden, nicht einverstanden. Dieser Ansicht schlossen sich nicht  
wenige der Anwesenden an. Nach ausgiebigen Debatten wurde  
folgende, vom Leipziger Verein vorgeschlagene neue Fassung des  
Hauptsatzes der Petition einstimmig angenommen: „wei der  
Königlichen Staatsregierung dafür eintreten zu wollen, daß die  
Feuerbestattung im Königsreich Sachsen als zulässig erkannt und  
die Genehmigung zur Errichtung von Krematorien und  
Kolumbarien erteilt werde.“ Der übrige Inhalt der Petition  
zeitigte nur Ausdrücke über unbedeutende redaktionelle  
Aenderungen; im allgemeinen erklärten die Anwesenden sich  
damit einverstanden. Die ebenfalls von Herrn Dr. med.  
Hirschfeld entworfene Ansprache an die sächsischen Stadt-  
vertretungen, welche die Bitte enthalten, daß von dieser Seite aus  
die Petitionen unterstützt werden, fanden, Korrekturen gering-  
fügiger Art abgesehen, einstimmige Annahme in der Form,  
wie sie vorgelegt waren. Zum Schluß wurde einstimmig be-  
schlossen, das unläufig im Verlage von J. J. Weber-Leipzig  
erschienenen Werk von Pauls „Feuerbestattung“ sowie Baumert's  
Schriften „Ueber den gerichtlich-chemischen Nachweis von Giften  
in Leichen“ an sämtliche Abgeordnete der Ständekammern gleich-  
zeitig mit der Petition zum Zweck der Orientierung über die  
Feuerbestattungsfrage auszuhandeln zu lassen.

— Von Angehörigen des Herrn Dr. Bohmann werden  
wir ersucht, mitzutheilen, daß der Verstorbenen an Tuberkulose  
nicht gelitten habe. Das Leben, welches ihn schon lange qualte,  
sei vielmehr eine Verzweiflungsbildung gewesen, die ihn an Per-  
sönlichkeit ein geben ließ. Neben den drei Verzeihen der eigenen  
Anfall war übrigens nicht Sr. Erb. Geh. Rat Dr. Fiedler,  
sondern ein Spezialarzt aus Bad Nauheim zugezogen.

— Auf Seite 17 dieser Nummer befinden sich Vereins-  
Nachrichten und auf Seite 23 Nachrichten über Väter-  
und Sommerfrischen.

### Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Die Hauptmarkthalle wird für die Sommermonate 1906  
probenweise an den Hauptmarkttagen für die Wochenmärkte  
3 Uhr, für den Beginn des Marktverkehrs an allen Tagen erst  
4 Uhr geöffnet.

Vom 6. Juni ab wird die Spargasse, zwischen Schloß-  
straße und Schloßgasse, wegen Reparatur des Asphaltbelags auf  
die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.  
— Mit dem Kanalbau in der Kurlärtenstraße,  
zwischen Melanchthon- und Wassertor, soll am 13. Juni be-  
gonnen werden.

In der auf das Pfingstfest folgenden Woche werden die beiden  
Schlachtwiehmärkte im hiesigen Schlacht- und Viehhofe  
am Dienstag den 13. Juni und Donnerstag den 15. Juni ab-  
gehalten werden.

Die von der Deutschen Straßenbahngesellschaft  
eingereichten Pläne über die Verlängerungstrecke der Linie Neu-  
markt — Gruna — Bodenbacher Straße — nach Sebnitz  
werden vom 3. bis zum 16. Juni im Stadthaus im Saal 2,  
Obergesch., Zimmer 22, öffentlich ausgestellt. Widersprüche  
gegen diese Planung sind bei Vermehrung ihres Anschlusses inner-  
halb der Ausstellungsfrist schriftlich beim Rat zu Dresden, Straßen-  
bahnamt, einzureichen.

### Der russisch-japanische Krieg.

Aus dem Verlauf der Seeschlacht in der Korea-  
straße werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Auch an  
Nord des von den Japanern nach hartem Kampfe eroberten  
Panzerkreuzers erster Klasse „Drel“ haben sich gräßliche  
Szenen abgespielt, die wie folgt geschildert werden: Bezüglich  
des genannten russischen Panzers „Drel“ läuft in Tokio ein  
schreckliches Gerücht um. Es heißt, am Anfang der Schlacht  
wurden 300 Mann an Bord getötet oder verwundet, und das  
Geschrei und Schreien der Verletzten habe einen so schmerz-  
haften Eindruck auf den Rest der Mannschaft ausgeübt, daß man  
sich zu der furchtbaren Maßregel entschloß, die hoffnungslos  
Verwundeten, 140 an der Zahl, über Bord zu werfen und die  
Leichter Verwundeten mit dem Raib zu legen und mit Stricken  
festzubinden, so daß sie den Kampf nicht weiter hören konnten.  
Der „Drel“ kämpfte mit verzweifelter Tapferkeit einen ganzen  
Tag, ehe er sich ergab. Das Schiff soll nach Japans gebracht  
werden, wo es der Mikado inspizieren wird. Der „Drel“, sowie  
der „Nisoi I.“ sollen unverzüglich in den Dienst gestellt  
werden. Die japanischen Mannschaften sind bereits ausgeschifft.

Die Gefangennahme Nebogatows und seines  
Beschwaders, die in Aussicht so viel böses Blut erregt und An-  
laß zu sehr heftigen Kritiken bietet, wird auf einen faum glaub-  
lichen Racheakt zurückgeführt. Ein Telegramm meldet dazu:  
Die Kapitulation Nebogatows mit dem größten Teile seines  
Beschwaders wird auf Grund hier umlaufender Gerüchte immer  
mehr auf einen Racheakt seiner Matrosen zurückgeführt. Auf  
der Fahrt durch das Chinesische Meer sollen auf Klagen Neboga-  
tows bei Nohelmen 40 Mann gehängt worden sein.  
Daher schmerzt die Mannschaft Rache. Angesichts der feindlichen  
Flotte haben sie Nebogatow, sowie seine Offiziere und hielten  
darauf die weiße Flagge, wonach die Japaner herankamen und  
jense gelangten nahmen.

Ein nach Saichō zurückgekehrter japanischer Marine-  
offizier gibt von der Seeschlacht in der Korea-  
straße nachfolgende, von uns bereits kurz erwähnte Be-  
schreibung: Als die japanische Flotte, nachdem die russischen  
Schiffe in Sicht gekommen waren, in den Ostkanal der  
Tschushima-Straße hineinsteuerte, war die See ruhig, und die  
Torpedoboote waren gezwungen, bei der Insel Tschushima Schutz  
zu suchen. Die russischen Schiffe kamen in guter Ordnung  
heran. Admiral Zoog signalisierte von dem Schlachtschiffe  
„Mikoja“: „Das Schicksal des Reiches hängt von dem heutigen  
Kampfe ab. Es wird von Euch allen erwartet, daß Ihr alle  
Euer Leben setzet.“ Während des Kampfes waren die Be-  
mühungen der Japaner darauf gerichtet, die russische  
Flotte zu umzingeln. Die Russen verhielten sich durch-  
aus ruhig, aber die japanische Torpedoboottenflotte bereitete  
dieses Vorhaben, und so blieben sie bis zum folgenden Tage  
eingeschlossen. Der Kreis der japanischen Schiffe umfaßte die  
russische Flotte in verschiedenen Abständen. So von allen  
Seiten eingeschlossen, waren die Russen hilflos und außer  
Hande, zu entkommen. Gemäß den ihnen vorher erteilten Be-  
fehlen gingen nun die Torpedobootten sofort zum Angriff auf  
die russischen Schiffe, welche Feuer gaben, aber die Russen  
verteilten in der Nacht den ersten und zweiten Torpedoenangriff  
vermittelst ihrer Scheinwerfer, aber der dritte Angriff  
erwies sich als erfolglos. Die Russen leisteten ihre Fahrt  
während der Nacht fort, die Japaner vermochten jedoch die Um-  
zingelung auch während der Vormarschbewegung des russischen  
Beschwaders durchzuführen, indem sie sich immer vor den Russen  
hielten, bis die Schlacht Sonntag früh wieder ausgenommen  
wurde. Am Sonntag erlitten die Russen die schwersten Ver-  
luste. Es schien, daß die Russen in der Zurückziehung von  
Mitschurin ganz ungeschult und ungeschützt waren.  
Während des ersten von den Japanern in der Dunkelheit un-  
ternommenen Angriffs ließen allerdings die Russen neun Schein-  
werfer spielen, die den Angriff bereiteten, aber sie gaben uns  
dadurch Kenntnis von dem Standorte ihrer Flotte, ein Um-  
stand, der uns später unzeren Erfolg brachte.“

Die Zusammenkunft des Präsidenten Roosevelt mit dem  
russischen Botschafter Graf Cassini hatte einen persönlichen  
Charakter. Später sagte Graf Cassini eine Depeche an seine  
Regierung ab, worin er die Ansichten des Präsidenten Roosevelt  
und seinen Wunsch, Rußland in seiner jetzigen Krise zu dienen,  
mitteilte. Nach Eingang einer Antwort wird er eine zweite  
Zusammenkunft mit dem Präsidenten haben.

### Tagesgeschichte.

#### England und Afghanistan.

Im britischen Oberhause lenkte Lord Newton  
die Aufmerksamkeit des Hauses auf den neuen Vertrag mit  
Afghanistan, durch den England nicht mehr erreicht habe, als  
unter dem früheren. Rußlands schweres Nischegeld in Indien  
habe seine Stellung in Mittelasien nicht beeinträchtigt. Der  
Unterstaatssekretär für Indien, Marquis of Bath, erklärte,  
die Regierung besetze dauernd die Politik, sich nicht in die  
inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen. Marquis  
of Bath bestätigte den neuen die Erklärung des Premierministers  
Balfour über den Bau russischer strategischer Bahnen und  
sagte fort:

Ich glaube, wenn wir die Politik fortsetzen, freundschaftliche  
Beziehungen mit Afghanistan zu unterhalten, ohne diesem Lande  
unser Aufmerksamkeiten zu sehr aufzudrängen, werden wir alles  
erreichen, was wir im Auge haben, und die beste Sicherheit für  
Frieden und Ruhe schaffen, deren Erhaltung unser Hauptziel  
ist. Nach eingehender Beratung zwischen der britischen und der  
indischen Regierung erlachte die Regierung an, daß das Ab-  
kommen gut und zu erreichen sei; und die indische Re-  
gierung nahm die Entscheidung der britischen an. Eine formale  
Erneuerung und Ratifikation des Abkommens mit dem  
verstorbenen Emir wurde erreicht. Die Mission hat so dem afgani-  
schen Volk und den befreundeten Stämmen gezeigt, daß,  
obwohl in der Person des Emirs ein Wechsel eingetreten ist, doch  
die Politik der indischen Regierung sich nicht geändert hat.  
Unsere Politik, Afghanistan zu beschützen, ist unverändert ge-  
blieben, solange die Bedingungen, unter denen eine Verpflich-  
tung übernommen wurde, ungeändert blieben. Wir würden  
seiner fremden Macht eine Einmischung gestatten, solange der  
Emir unserm Räte folgen will. Die englische Regierung hat  
dem Vertrage große Wichtigkeit beigemessen, es ist aber eine  
Frage gewesen, ob nicht größere Bedeutung der freundschaftlichen  
Beziehung beigemessen sei, die der Emir während der Verhand-  
lungen bewiesen hat.

Nach weiterer Debatte ergreift der Staatssekretär  
des Aeußeren, Marquis of Lansdowne, das Wort und führt  
aus, es sei nicht richtig, daß die Mission gescheitert sei. Das  
bisherige Abkommen habe in einem viel formelleren Vertrage  
neue Bestätigung gefunden. Die Hauptpunkte des Abkommens  
seien, daß England sich nicht in die inneren Angelegenheiten  
Afghanistans einzumischen, ferner daß England nie dem Emir im  
Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs Hilfe leisten, und

endlich daß die auswärtigen Angelegenheiten Afghanistans unter  
Englands Leitung und Kontrolle stehen sollten. Er gebe zu, daß  
die Verhältnisse, wie sie sich unter dem Abkommen entwickel-  
ten, nicht in jeder Beziehung befriedigend gewesen seien. Die  
Befehlsbefugnisse hätten alle, wie sie aufeinander gefolgt seien, geholfen,  
an dem Abkommen einige Verbesserungen vornehmen zu können,  
allen aber habe der Gehalts- und Reformen Reformen aufzu-  
zwingen, fern gelegen. Wenn der Emir keine Eisenbahnen und  
keine Telegraphen wünschte, so habe England ihm doch nicht zu  
raten können, daß er sie haben müsse, ob er sie wollte oder nicht.  
Die englische Regierung habe es für einen glücklichen Erfolg  
erachtet, daß die Mission in der Lage gewesen sei, den Vertrag  
zurückzubringen, durch den das Abkommen erneuert werde, dem  
die Regierung große Wichtigkeit beimeiste; die Regierung würde  
es als ein sehr ernstes Nischegeld ansehen, wenn dieses Ab-  
kommen nicht bestände.

Deutsches Reich. Der Entwurf einer Reichs-  
Erb-  
schaftsteuer wird zurzeit im Reichsjustizamt einer  
Umarbeitung unterzogen, und zwar, wie der „Lokal-  
Anzeiger“ wissen will, im Sinne einer allgemeinen  
Abschwächung. Der Entwurf hatte dem preussischen  
Kanzlerministerium zur Begutachtung vorgelegen und war  
dort auf mehrfache Bedenken gestoßen, denen nunmehr Re-  
chnung getragen werden soll; insbesondere soll die vorgesehene  
gewesene Besteuerung der Testamenten wieder fallen gelassen  
werden.

Dem Reichsgerichtspräsidenten Freiherrn  
v. Sedendorf nimmt die „Deutsche Justiz-Ztg.“ einen  
längeren Artikel, an dessen Schluß es heißt: Im Reichsjustizamt  
hat Freiherr v. Sedendorf vorwiegend die in das Gebiet des  
Urheberrechts, des Patentrechts, des Staats- und Völkerrechts,  
namentlich auch des Internationalen Privatrechts fallenden Ge-  
schäfte bearbeitet, die für die Rechtsprechung des Reichsgerichts  
von besonderer Bedeutung sind. Die Beschäftigung mit den  
Fragen des Urheberrechts führte zu seiner nebenamtlichen Ver-  
nennung als ständiges Mitglied des Patentamtes. Seine Stellung im  
preussischen Staatsministerium legte ihm die Aufgabe auf, die  
Entwicklung der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Urheberrechts  
und Preussischen Landrechts sorgfältig zu verfolgen. Er bringt  
somit in keine Richterstellung eine aus erster Hande geprüfte  
Kenntnis der gesetzgeberischen Vorgänge im Reich und in  
Preußen seit dem Jahre 1890 mit. Ihn begleitet der Ruf hervor-  
ragender geistlicher Tüchtigkeit. Da er im Reichsjustizamt  
20 Jahre an der Seite des verstorbenen Präsidenten Dr. Gumbold  
gewirkt und dessen Vertrauen in hohem Maße genossen hat, so  
dürfen wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß er auch im Reichs-  
gericht in den Jahren seines zu früh geschiedenen Auswahls  
wird und dem höchsten Gerichtshof sein wohlverdientes Ansehen  
und das Vertrauen im Volke zu wehren wissen wird.

Unter der Epithete „Schwarzer Adler und auf-  
gehende Sonne“ schreiben die „Hamb. Nachr.“: Der  
Kaiser hat, wie bereits gemeldet, dem in Berlin eingetroffenen  
Prinzen Ariugawa von Japan den Schwarzen Adlerorden ver-  
liehen. Wie ein Kommentar zu dieser Verleihung liest man  
folgende, bereits erwähnte offizielle Auslassung der „Hamb.  
N.“: „Daß bei dem ausgesprochen militärischen Sinne unzerer  
Beobachtung der japanische Sieg die Anerkennung und Bewein-  
dung für dieses mit Ausbietung aller Kräfte kämpfende Volk  
nachwachsen und verstärken mußte, kann nicht unbedenken, und  
so wie hier, wird es wohl in der ganzen Welt sein. Es war ein  
eigenartiger Zufall, daß die Ankunft des Prinzen Ariugawa  
in Berlin gerade mit dem Bekanntwerden des glänzenden japani-  
schen Sieges zusammenfiel. Als der Prinz unter Aufbietung  
militärischen Gepranges vom Kaiser selbst am Bahnhofe abgeholt  
wurde, hatten die Berliner die ganz unmittelbare Gelegenheit,  
die Vertreter des Landes von Angesicht zu Angesicht zu sehen,  
das ihnen einen Sieg erfochten hatte, mit dem die Weltgeschichte  
rechnen muß. Die Begrüßung des Prinzen Ariugawa und  
seiner Begleiter war denn auch außerordentlich warm und herz-  
lich, und die Japaner werden nicht den Eindruck gehabt haben,  
daß sie in ein Land gekommen sind, das der militärischen Tüchtig-  
keit gegenüber mit der Anerkennung lacht.“ Die „Hamb. Nachr.“  
schließen hieran eine recht heisere Kritik. Aber man darf nicht  
vergessen, daß der höchste preussische Orden in letzter Zeit als  
süßliche Aufmerksamkeit sehr oft an fürstliche Besucher verliehen  
worden ist; eine besondere Bedeutung auf dem Gebiete der hohen  
Politik kann man einer Verleihung also nicht mehr beilegen.  
(Näheres ist das Gleichgewicht wieder völlig hergestellt, denn  
der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch erhielt auch den  
Schwarzen Adlerorden. D. Red.)

Die Hauptversammlung des Bundes deutscher Ver-  
kehrsvereine in Darmstadt ist mit ihren Beratungen zum  
Abschluß gekommen. Der wichtigste Beratungsgegenstand, die  
Personentarifreform, fand ihren Ausgang in fol-  
gender einstimmig angenommenen Resolution: „Die Jahres-  
versammlung des Bundes deutscher Verkehrsvereine nimmt mit  
Bedauern davon Kenntnis, daß die geplante Tarifreform für den  
Eisenbahnpersonenverkehr weniger eine Vereinfachung als eine  
Verzerrung bedeuten würde. Die Verkehrsvereine er-  
heben im Interesse des die Eisenbahn benutzenden Publikums  
entschiedenen Widerspruch gegen jede Vertheuerung der Tarife,  
insbesondere gegen die Einführung von Zuschlägen, die fernere Erhebung von  
Schneefuhrzuschlägen und gegen den Wegfall der zum sozialen  
und gesundheitlichen Nutzen notwendigen Sonntag- und Wäber-  
fahrten, ebenso gegen die Aufhebung des Freigepäckes.“  
Bei den günstigen finanziellen Erträgen der preussischen  
Staatsbahnen insbesondere erheben die Eisenbahn-  
fahrpreise um so weniger gerechtfertigt, als bei dem Eisenbahn-  
betrieb in erster Linie nicht fiskalische, sondern wirtschaftliche  
und Verkehrsinteressen maßgebend sein sollten. Dabei ist es  
auch wünschenswert, daß besondere Erleichterungen des Verkehrs,  
die sich unterhalb des allgemeinen Tarifs bewegen, wie zum  
Beispiel das badiische Kilometergeld, von der Tarifreform nicht  
berührt, sondern beibehalten werden.“

Die künftige Gestaltung des Personen- und Gepäc-  
kentarifs wird nach den verschiedenen Erklärungen ständischer  
Minister folgende sein: An die Stelle der bisherigen Niederfahr-  
arten 2. und 3. Klasse treten einfache Fahrarten zum halben  
Preis der jetzigen preussischen Niederfahrarten für alle Reisen.  
Die 1. Klasse wird 6/10 bis 7/10 für das Kilometer kosten,  
während die Niederfahrarten jetzt 1/2 Pf. kosten. Die 4. Klasse  
besteht den zweifelhafte. Die jetzige Nachtfahrt für D-Jüge  
bildet den künftigen Zuschlag für Schnellzüge mit der Aenderung,  
daß Strecken bis zu 75 Km. 3. Klasse nur 25 Pf., 1. und 2.  
nur 50 Pf. kosten. Es soll aber dem Bedürfnis durch Zuschlag  
ohne Zuschlag möglichst entgegen kommen. Da fast alle  
ohne Zuschlag in D-Jüge umgewandelt werden, so wird man  
auch im Schnellzuge künftig nicht teurer als bisher auf Niederfahr-  
arten reisen. Billiger fahren alle, die nicht innerhalb 45 Tagen  
dieselbe Strecke zurückfahren wollen, insbesondere Geschäfts-  
reisende, Studierende, verheiratete Beamte usw. Niemand ist aber  
mehr „Schade seines Willets“. Das Freigezack wird durch eine  
Art Kometarif ersetzt. 25 Pf. kosten auf 25 Km., 25 Pf.  
unter 25 Km. werden nur 10 Pf. gerechnet. Es werden etwa  
14 Zonen und 8 Gewichtsklassen eingerichtet. Die Zonen reichen  
bis 25, 50, 100, 150 um, bis 500, 600, 700, 800 Km. Bis zum  
Gewicht von 45 Kgr. zählt man mehr als bisher.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten des kaiserlichen Stati-  
stischen Amtes, Professor van der Borcht, sind in Lübeck die  
Vorstände der Landesstatistischen Zentralstellen  
zu einer mehrtägigen Konferenz zusammengetreten. Auf der  
Tagesordnung steht an erster Stelle die endgültige Beratung  
und Feststellung der im Entwurf vorliegenden Formulare für die  
Verufs- und Betriebsstatistik, die im Juni 1907  
stattfinden soll; besonders handelt es sich um die Frage, ob  
einzelne Zählzeile, die das Reichsamt des Innern und das Reichs-  
versicherungsamt münden, Annahme finden sollen. Ferner  
wird sich die Konferenz mit der Einführung einer Statistik über  
Wittensgesellschaften, sowie der Herstellung eines Berufs- und  
betriebsstatistischen Gemeindefortschritts für das Deutsche Reich  
zu beschäftigen haben. Der Umfang dieses Fortschritts ist auf etwa  
300 Folgen berechnet; die Kosten sind auf 50 000 M. veranschlagt  
und sollen aus der Reichskasse bestritten werden.

Die diesjährige Hauptversammlung des Allgemeinen  
Deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutsch-  
tums im Auslande wird in der Pfingstwoche in München  
stattfinden. Für den 14. Juni abends 11 Uhr Vertretertag im Saale  
für den nächsten Tag pünktlich 11 Uhr Vertretertag im Saale  
des Kunstgewerbehauses, für 8 Uhr abends die Hauptversam-  
lung im Festsaale des Königlichen Hofballhauses vorgezogen.